

Satzung über die Abwälzung der Abwasserabgabe im Abwasser- und Wasserzweckverband Elbe-Fläming

Auf Grund der §§ 6, 44 und 91 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.08.2009 (GVBl. LSA 2009, 383) in der derzeit geltenden Fassung, der §§ 9 und 16 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.1998 (GVBl. LSA 1998, 81), in der geltenden Fassung, der §§ 2, 5, 6 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.12.1996 (GVBl. LSA 1996, 406 405), in der derzeit geltenden Fassung, den §§ 6 und 7 des Ausführungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Abwasserabgabengesetz (AG AbwAG) vom 25.06.1992 (GVBl. LSA 1992, 580) in der derzeit geltenden Fassung und § 6 der Verbandssatzung vom 14.07.2005, in der derzeit geltenden Fassung, hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung vom 16.11.2016 folgende ~~Neufassung~~ **2. Änderungssatzung** zur Satzung über die Abwälzung der Abwasserabgabe im Abwasser- und Wasserzweckverband Elbe-Fläming beschlossen:

- Neufassung der Satzung am 24.11.2011 beschlossen
- **1. Änderungssatzung am 29.10.2013 beschlossen**
- **2. Änderungssatzung am 16.11.2016 beschlossen**

§ 1

Gegenstand der Abgabe

- (1) Der Abwasser- und Wasserzweckverband Elbe-Fläming (nachfolgend „Verband“ genannt) wälzt die gegen ihn an Stelle von Abwassereinleitern festzusetzende Abwasserabgabe auf die Abwassereinleiter ab:
 - a) für Einleiter, die weniger als 8 m³ je Tag Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnliches Schmutzwasser unmittelbar in ein Gewässer oder in den Untergrund einleiten (Kleineinleiter)
 - b) für Eigentümer von Sammelgruben, die das gesamte auf dem Grundstück anfallende Abwasser nicht satzungsgemäß (gem. § 1 Abs. 2b) entsorgen lassen und in diesem Fall Kleineinleitern gleichgestellt werden,
Hierzu erhebt er nach Maßgabe dieser Satzung eine Abgabe.
- (2) Die Einleitung ist abgabefrei, soweit
 - a) das gesamte anfallende Schmutzwasser der Sammelgrube einer öffentlichen Kläranlage zugeführt wird. Hiervon ist auszugehen, wenn:
 - die entsorgte Schmutzwassermenge mindestens 90% des Jahrestrinkwasserverbrauchs beträgt
 - oder
 - der Grundstückseigentümer plausibel die Differenzmenge erklären kann und ein dichtheitsnachweis der Sammelgrube vorliegt.
 - b) das Schmutzwasser zuvor in einer Abwasserbehandlungsanlage behandelt wird, die mindestens den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht und der Schlamm einer dafür geeigneten Abwasserbehandlungsanlage zugeführt oder nach Abfallrecht entsorgt wird.
- (3) **Soweit im Einzelfällen die Entnahme aus abflusslosen Gruben größer als 110 % des Trinkwasserbezugs aus dem öffentlichen Netz ist, so erfolgt ebenfalls eine Veranlagung zur Kleineinleiterab-**

gabe. In diesem Fall wird unterstellt, dass auf dem Grundstück eine Eigenwassergewinnungsanlage besteht und dass keine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung erfolgt (weil nicht nachprüfbar ist, welche Frischwassermenge dem Grundstück in Summe zugeführt werden). Der Verband wird in diesen Fällen durch das Landesverwaltungsamt mit einer Kleineinleiterabgabe belastet. Diese Kleineinleiterabgabe gibt der Verband an den jeweiligen Verursacher weiter.

§ 2 Abgabepflichtiger

- (1) Abgabepflichtig ist der Abwassereinleiter (Inhaber der tatsächlichen Sachherrschaft über die Einleitung). Es gilt die widerlegliche Vermutung, dass der Grundstückseigentümer Einleiter im Sinne des Satzes 1 ist. Sollte im Einzelfall der Eigentümer nicht auch gleichzeitig Einleiter sein, so ist er verpflichtet, dem AWZ Mitteilung darüber zu machen, wer die tatsächliche Sachherrschaft über die abgabepflichtige Einleitung ausübt.

§ 3 Entstehung und Beendigung der Abgabepflicht

Die Abgabenschuld entsteht jeweils am 30. April für das vorausgegangene Kalenderjahr, frühestens jedoch einen Monat nach Bekanntgabe des Festsetzungsbescheides an den Verband.

§ 4 Abgabemaßstab und Abgabesatz bei Kleineinleitern

- (1) Die Abgabe wird nach der Zahl der auf dem Grundstück wohnenden Einwohner **bzw. der Zahl der Einwohner, für die von dem Grundstück aus Abwasser abgeleitet wird**, berechnet.
- (2) Bei der Berechnung der Zahl der Einwohner ist von den durch das zuständige Einwohnermeldeamt mitgeteilten Verhältnissen am 30. Juni des Kalenderjahres, für das die Abgabe zu entrichten ist, auszugehen.
- (3) Die Abgabe beträgt je Einwohner 17,89 EUR.

§ 5 Veranlagungszeitraum

Veranlagungszeitraum ist das Kalenderjahr, in dem die Abgabenschuld entstanden ist.

§ 6 Veranlagung und Fälligkeit

Die Abgabe wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig. Die Abgabe kann zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden.

§ 7 Auskunfts- und Duldungspflicht

- (1) Der Abgabepflichtigen und ihrer Vertreter haben dem Verband jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben erforderlich ist.
- (2) Der Verband kann an Ort und Stelle ermitteln. Die nach Ziff. 1 zur Auskunft verpflichteten Personen haben dies zu ermöglichen und in dem erforderlichen Umfang zu helfen.

§ 8 Anzeigepflicht

- (1) Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist dem Verband sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.
- (2) Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen, so hat der Abgabepflichtige dies unverzüglich dem Verband schriftlich anzuzeigen. Dieselbe Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.

§ 9 Datenverarbeitung

- (1) Zur Feststellung der sich aus dieser Satzung ergebenden Abgabepflichtigen sowie zur Festsetzung und Erhebung dieser Abgaben ist die Verarbeitung (§ 3 Abs. 3 DSGVO) der hierfür erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten gemäß §§ 9 und 10 DSGVO (Vor- und Zunahme der Abgabepflichtigen und deren Anschriften; Grundstücks- und Grundbuchbezeichnung) durch den Verband zulässig.
- (2) Der Verband darf die für Zwecke der Grundsteuer, des Liegenschaftsbuches und des Melderechts bekanntgewordenen personen- und grundstücksbezogenen Daten für die in Ziff. 1 genannten Zwecke nutzen und sich die Daten von den entsprechenden Ämtern (Finanz- und Steuer-, Liegenschafts-, Einwohnermelde- und Grundbuchamt) übermitteln lassen, was auch im Wege automatischer Abrufverfahren erfolgen kann.

§ 10 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 16 Abs. 2 Nr. 2 KAG-LSA handelt wer vorsätzlich oder leichtfertig
 - a) entgegen § 2 den Wechsel des Abgabepflichtigen nicht anzeigt;
 - b) entgegen § 7 Ziff. 1 die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben erforderlichen Auskünfte nicht erteilt;
 - c) entgegen § 7 Ziff. 2 verhindert, dass der AWZ Elbe-Fläming an Ort und Stelle ermitteln kann und dazu erforderliche Hilfe verweigert;
 - d) entgegen § 8 Ziff. 1 den Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück nicht innerhalb eines Monats schriftlich anzeigt;
 - e) entgegen § 8 Ziff. 2 nicht unverzüglich schriftlich anzeigt, dass Anlagen auf dem Grundstück vorhanden sind, die die Berechnung der Abgabe beeinflussen;
 - f) entgegen § 8 Ziff. 2 Satz 2 die Neuanschaffung, Änderung oder Beseitigung solcher Anlagen schriftlich anzeigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 EUR geahndet werden.

§ 11 Billigkeitsmaßnahmen

Ansprüche aus dem Abgabenschuldverhältnis können ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Die Stundung kann generell nur gegen Antrag und Sicherheitsleistung gewährt werden. Ist die Einziehung nach Lage des Einzelfalls unbillig, können die Ansprüche ganz oder zum Teil erlassen werden. Die Entscheidung über Billigkeitsmaßnahmen steht unter dem Vorbehalt, nach Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Einzelfall zu sozialverträglichen Belastungen zu gelangen.

§ 12

Anwendung des Kommunalabgabengesetzes

Auf die Abgabe sind die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes anzuwenden, soweit nicht diese Satzung besondere Bestimmungen enthält.

§ 13

Berechtigung der Heidewasser GmbH

Der Verband bedient sich zur Ermittlung der Berechnungsgrundlagen zur Abgabeberechnung sowie zur Ausfertigung und Versendung von abgabenbescheiden der Heidewasser GmbH.

§ 14

Salvatorische Klausel

Sollte sich ergebe3n, das Regelungen oder Teilregelungen dieser Satzung rechtsunwirksam sind, so hält der Satzungsgeber an den sonstigen Satzungsbestandteilen fest. Es gilt damit der mutmaßliche Wille, dass die Satzung „im Zweifel im Übrigen wirksam sein soll“.

Sollten einzelne Regelungen durch ein Gericht für unwirksam angesehen werden, so bleiben die übrigen Satzungsregelungen rechtswirksam. Der hiermit formulierte Wille, dass die „verbleibenden Satzungsregelungen“ bis zu einer Satzungsänderung in Kraft bleiben sollen und das grundsätzlich von der Wirksamkeit der übrigen Satzungsbestandteile auszugehen ist, gilt generell.

§ 15

Inkrafttreten

Diese 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Abwälzung der Abwasserabgabe tritt zum 01.01.2017 in Kraft.

Zerbst/Anhalt, den 25. November 2011

Zerbst/Anhalt, den 29.10.2013

Zerbst/Anhalt, den 16.11.2016

Siegel

Andreas Dittmann

Verbandsgeschäftsführer

Im Original unterzeichnet und gesiegelt!

Veröffentlicht am:

Neufassung der Satzung: 25.02.2012 Wasserzeitung

in Kraft ab 01.01.2007

1. Änderungssatzung 03.12.2013 Wasserzeitung

in Kraft ab 01.01.2014

2. Änderungssatzung 09.12.2016 Wasserzeitung

in Kraft ab 01.01.2017